

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Gesch.-Konto Hannover Nr. 57613
Giro-Konto Bank der Arbeiter und
Angestellten, Berlin S 14, Markstr. 66

Abonnementspreis durch Boten oder Post vierteljährlich 2,25 RM. Einzelnummer 50 Pfg.
Anzeigenspreis: Die 25 Millimeter breite Millimeterzeile oder deren Raum 25 Pfg.



Verantwortlich für den Inhalt: Heinz Stübgen, Essen. Druck: H. Handmann & Co., Bochum
Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Bochum i. B., Biemelhauser Straße 38/42

Telefon-Nummern: 4300, 4301
Telegraph: Arbeiterverband Bochum

Ein Programm gegen die Erwerbslosennot.

Niemand hätte im Herbst 1925 gedacht, daß die Zahl der Erwerbslosen so schnell und gewaltig steigen würde, wie dies dann in den nächsten Monaten der Fall war. Am 1. Oktober betrug die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger 266 062, am

1. Dezember	673 315
1. Januar	1 498 681
1. Februar	2 029 855
15. Februar	2 059 000
1. März	2 055 928
1. April	1 942 511
1. Mai	1 784 165
Mitte Juni	1 400 000

Die letzte Zahl teilte der Reichsarbeitsminister im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages mit. Danach kommen auf 100 Einwohner in abgerundeten Zahlen im Reich 28, in Preußen 28, in Bayern 21, in Sachsen 40, in Württemberg 17, in Baden 30, in Hessen 37. In Berlin ist die entsprechende Zahl 48, in Ostpreußen 9, in Rommeln 14, Provinz Sachsen 23, Westfalen 38. Die beiden stärksten Industriebezirke, das Land Sachsen und die Provinz Westfalen, sind also am stärksten betroffen. Die Rheinprovinz hatte am 15. Juni 264 807 Hauptunterstützungsempfänger, 368 auf 1000, dazu 321 463 Zuschlagsempfänger.

In Ruhrgebiet selbst sind wieder die einzelnen Kreise am schwersten betroffen, in denen Besetzungsstilllegungen fast das ganze gewerbliche Leben gelähmt haben.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen kommt in den Zahlen der Hauptunterstützungsempfänger nur zum Teil zum Ausdruck. Genau Zahlen liegen über die Gesamtzahl nicht vor, man schätzt sie verschieden, 20 bis 50 Proz. höher als die Hauptzahl. Ebenso liegen über die Kurzarbeit keine amtlichen Zahlen vor. Die Gewerkschaften verzeichneten im Oktober 1925 10,9 Proz., im Januar 22,6 Proz., im Mai 18,2 Proz. Kurzarbeiter. In der schlimmsten Zeit werden wir etwa 2 1/2 Millionen Erwerbslose und 2 Mill. Kurzarbeiter gehabt haben. Auch nur 2,5 Familienmäßige gerechnet, ergab das

mindestens 15 Millionen hungernde Menschen

infolge Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit.

Die Ausgaben für die Erwerbslosenunterstützung waren unter diesen Umständen außerordentlich hoch. Im Monat April betragen sie für etwa 1,8 Mill. Hauptunterstützungsempfänger 113 Millionen. Davon werden etwa 35 Mill. durch Beiträge (3 Proz. der Lohnsumme je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer) aufgebracht. Etwa 80 Mill. fallen Reich, Ländern und Gemeinden zur Last. Rechnet man mit den Zahlen des Winters einerseits, mit den jetzigen Zahlen des Sommers andererseits und geht von dem Durchschnitt beider Zahlen als Jahreszahl aus, so ergibt sich eine Gesamtbelastung von rund 200 Mill., von denen 400 Mill. durch Beiträge, 800 Mill. durch das Reich, die Länder und Gemeinden aufgebracht werden.

Die Zahl derjenigen, die wegen zu langer Dauer der Erwerbslosigkeit nicht mehr unterstützt werden, der sogenannten „Ausgehverwehrt“, beträgt für Preußen 43 000. 186 000 erhalten weniger als sechs Monate Unterstützung.

Der letzte Ausschuss des Reichstages hat sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung, der Notstandsarbeiten, der produktiven Erwerbslosenfürsorge beschäftigt, nachdem ihm vom Reichstag im November 1925 die betreffenden Anträge überwiesen waren. Sein Unterausschuss stellte in den Vorbergründ die Fragen: Wie kann den Betriebsstilllegungen entgegen gewirkt werden? Inwieweit können Reichsämter und Länder Anträge erteilen? Inwieweit können umfangreiche Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden?

In der Stilllegungsfrage kam aus den Arbeiten des Ausschusses so gut wie nichts heraus. Der preussische Minister bewies auf einen Erlaß vom Oktober 1925, wonach vor Fällung einer Entscheidung die Betriebsvertretungen unter allen Umständen zu den Verhandlungen zuzuziehen sind und auch den Gewerkschaften Gelegenheit gegeben wird, sich an den Verhandlungen zu beteiligen. In vielen Fällen, behauptete der Minister, „konnten die von den Behörden eingeleiteten Maßnahmen Stilllegung und Abbruch überhaupt verhindern“. Die Stilllegungsverordnung erwirkte noch immer ihren Zweck dadurch, „daß überstürzte Stilllegungen oder Abbrüche durch Eingreifen der Regierungspräsidenten oder ihrer Organe in jedem Falle vermieden werden“.

Wir finden diese Behauptungen des preussischen Ministeriums sehr kühn. Im Bergbau haben wir von den „vielen Fällen“ und „von der Verhinderung der Ueberstützung in jedem Fall“ nicht viel gemerkt. Im Bergbau haben die Behörden (das Reichswirtschaftsministerium nicht zu vergessen!) wahrlich nicht viel getan, um eine gründliche Kontrolle der Stilllegungsnotwendigkeiten zu sichern, so daß die Gewerkschaften ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet einstellen mußten.

Die mögliche Erhöhung der Sachlieferungen auf Reparationskonto wurde von dem Ausschuss ebenfalls untersucht. In verschiedenen Erzeugnissen wurden geliefert vom September 1924 bis November 1925 für 195 Millionen, Farbstoffe bis September 1925 5,08 Millionen, Brennstoffe 379,698 Millionen Mark. (Zu letzteren sind auch freie Mengen enthalten.) Das Reichswirtschaftsministerium für Reparationslieferungen konnte keine

hoffnung machen, daß auf dem Wege der Sachlieferungen irgendwelche Entlastung des Arbeitsmarktes für den Winter zu ermöglichen sei.

Die Reichsämter, Post, Eisenbahn, Wasserbauverwaltung, Reichswehrministerium, preussische Schutzpolizei gaben eine Uebersicht über vergebene Aufträge und ihre eventuelle Steigerung. Große Steigerung konnten sie nicht in Aussicht stellen, nur die Wasserbauverwaltung beschleunigte ihre Vergebungen.

Der Reichsarbeitsminister wies in einem Rundschreiben vom 5. Januar an die obersten Landesbehörden auf die Erleichterung von Notstandsarbeiten hin. Arbeiten ohne wirtschaftlichen Wert sollten nicht ausgeführt, mit den beschäftigten abgewechselt werden, damit möglichst viele Erwerbslose zeitweise beschäftigt würden. Den Gemeinden in Notlandsgebieten sollten Darlehen gewährt werden zur Durchführung von Notstandsarbeiten, die aber auch später nicht etwa in Zuschüsse umgewandelt werden können.

Ueber diese Darlehen, ihre Zinssätze und Rückzahlungszeiten lautet das Urteil vieler Notlandsgemeinden einfach vernichtend. Gemeinden, die infolge von Stilllegungen und sonstiger Arbeitslosigkeit am Rande des Ruins stehen, konnten von diesem Angebot keinen Gebrauch machen. Es ist deshalb verständlich, daß die Zahl von 217 134 Notstandsarbeitern, die für das erste Vierteljahr 1926 von den Ländern genannt wurde, noch lange nicht erreicht werden konnte. Eine amtliche Uebersicht bezeichnet für das ganze deutsche Reich

	Notstands- arbeiter	% der Haupt- unterstützungsempfänger
15. Januar	40 781	2,3
15. Februar	87 014	4,1
15. März	133 334	6,2
15. April	163 219	8,0
15. Mai	170 105	8,9

Bei Millionen: Erwerbslosens-Konnte das ganze Reich noch nicht einmal 10 Prozent von ihnen mit Notstandsarbeiten beschäftigen. Kann man sich bei der Fülle von Arbeiten, die man schaffen könnte, ein schlimmeres Versehen der öffentlichen Stellen ausmalen?

Der Straßenausbau ist nach den Darlegungen des Reichsverkehrsministeriums dringend und umfangreich notwendig. Geschehen ist auch hier nicht das, was möglich war. Einige Autostraßen, wie z. B. der Ruhrburgring, hätten ruhig zugunsten des Ausbaues schlechter Verkehrsstraßen zurückgestellt werden können.

Meliorationsarbeiten wurden bezw. werden ausgeführt von Preußen 1925 und 1926 für je 18 Millionen Mark. Bayern hat Meliorationen für 9,96 Millionen in Arbeit, könnte aber weitere Arbeiten für 14,9 Millionen sofort in Angriff nehmen, wenn Geld zur Verfügung stände. Sachsen berichtet, daß 140 000 Hektar Acker, 60 000 Hektar Wiesen zu entwässern seien. Andere dringend nötige Bodenverbesserungen, nötig auch im Interesse der Verbreiterung der Ernährungsgrundlage, seien in großem Umfang vorhanden, aber Projekte sind noch nicht ausgearbeitet und Angaben über den Gesamtbedarf können noch nicht gemacht werden! Württemberg hat 51 Projekte ausgearbeitet, Geldbedarf 604 700 Mark. Hessen bezeichnet für etwa 7 Millionen Mark Arbeiten, die dringend notwendig sind, die auch zu erheblichen landwirtschaftlichen Ertragssteigerungen führen. Die Luchtkultivierungen in Brandenburg sind zum Teil ins Stocken geraten, weil keine Geldmittel für die in Reichsbestitz befindlichen Kultivierungsgesellschaften vorhanden sind. Dabei sind 72 000 Morgen im Rhinluch und 200 000 Morgen im Saveländischen Luch zu kultivieren. Jetzt wächst fast nichts in diesen Sumpfgeländen, die in einem Jahr fruchtbarere Wiesen und Ackerland sein könnten. In großem Umfang könnten hier Erwerbslose beschäftigt werden, da diese Luch nicht weit von Berlin liegen. Die Reichs-Bodenkulturgesellschaft berichtet, daß gegenwärtig selbst die Befriedigung „der volks- und privatwirtschaftlich gerechtfertigten Kreditanträge nicht möglich ist, die vielfachen, zur Rentabilität von Vorflutregelung und Eindeichung führenden Folgeeinrichtungen können in vielen Fällen nicht geschaffen werden“.

Sechs Millionen Tagewerke sind mit bisher gegebenen Darlehen an öffentliche Verbände geleistet worden, viel mehr könnte aber geleistet werden. Dabei bringen diese Arbeiter rasch Gewinn. Allein den Nutzen bei durchgeführter Drainierung berechnet Professor Lüdecke pro Hektar auf 21 Mark bei Weizen, auf 332 Mark bei Kartoffeln, im Durchschnitt auf 215 Mark, die mehr geerntet werden könnten. Das wäre eine Verzinsung des Anlagkapitals von 53 Prozent.

Die Deutsche Vedlandkulturgesellschaft berichtet, daß sie bisher 6,4 Millionen Mark ausgegeben habe, wovon 2,38 Millionen Zuschuß sind. Auch hier hat man den Eindruck, daß viel mehr geschehen und manche Bauernstelle mehr neu geschaffen werden könne.

Sochwasserjahren kehren immer wieder, am Rhein haben sie 1925 dem Reich Millionen gekostet, jetzt wiederholten sich die Katastrophen im Oder-Preignisgebiet. Auch hier repariert man mit viel höheren Kosten, als die Vorfrage gekostet hätte.

Zur Wohnungsbau hat 1926 durchaus nicht gehalten, was man sich vielfach davon versprochen. 200 000 Wohnungen sind zu errichten, wenn die vorhandenen Bauarbeiter einigermaßen beschäftigt werden sollen, wollte man den Bau forcieren, könnten

durch Zugiehung weiterer Arbeiter, Maschinenverwendung usw. sicherlich noch erheblich mehr Wohnungen erstellt werden. Aber höchstens 150 000 Wohnungen sind 1926 zu finanzieren, ganze sechs Millionen Mark wurden aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung gestellt.

Wir verkennen durchaus nicht die vielfachen Schwierigkeiten, die zur Herabminderung der Zahl der Erwerbslosen zu überwinden sind. Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages fordert Maßnahmen, daß wenigstens ständig 500 000 Erwerbslose mit produktiven Notstandsarbeiten beschäftigt werden. Das erscheint uns durchaus möglich, über die Notwendigkeit braucht kein Wort verloren zu werden.

Millionen dauernd Erwerbsloser, darunter Hunderttausende von Jugendlichen, bedeuten eine große Gefahr für die körperliche, geistige und sittliche Gesundheit des Volkes!

Entwöhnung von der Arbeit ist etwas Furchterliches für den Einzelnen, die Familie und die Gemeinwirtschaft. Gemildert wird diese Gefahr dadurch, daß der Wechsel bei den Erwerbslosen groß ist. Von den im November 1925 in Unterstützung befindlichen waren im Mai noch 40 Proz. erwerbslos, von den 1 062 000 im Dezember im Juni noch 276 000. Auf die jugendlichen Arbeitslosen wird Viehliches leider nicht zutreffen und deshalb sind sie am meisten gefährdet. Wenn sie keine Arbeit haben und auf der Straße herumlungern, kann sie das für ihr ganzes Leben beruflich und moralisch ruinieren.

Die Erkenntnis dieser Gefahren wächst, je mehr feststeht, daß wir noch ein paar Jahre mit einem Meer von Arbeitslosen zu tun haben werden. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“, die oft genug als getreues Unternehmerprachrohr gegen die Erwerbslosenunterstützung wetterte, fordert auf einmal ein besonderes Ministerium gegen die Arbeitslosigkeit, das nichts anderes zu tun haben dürfte, als gegen die Arbeitslosigkeit zu kämpfen. Arbeits- und Wirtschaftsministerium hätten der Frage nicht Meister werden können, weil sie für sie nur lästige Nebenbeschäftigung gewesen sei.

Der Vorschlag ist in Sachkreisen und der Öffentlichkeit einem Lächeln begegnet, und das mit Recht. Die Widerstände, die die Reichsbehörden in den Fragen der Erwerbslosigkeit gefunden haben, liegen zum größten Teil bei der Unternehmungskraft, die über die Erwerbslosenunterstützung überhaupt und über ihre Höhe insbesondere wettert. Wie oft ist aus diesem Lager verblümt und offen die Abschaffung der Unterstützung, wenigstens aber aus lohnpolitischen Gründen ihre wesentliche Ermäßigung gefordert worden! Die „Bergw.-Ztg.“ bezeichnet es als „höchst überflüssig“, daß jährlich Hunderttausende von Polen ins Land gerufen werden, um unsere Ernte zu schaffen. Aber wer ruft sie denn? Wer wendet sich fanatisch gegen die Gewerkschaften, wenn sie sich gegen die agrarische Lohnrückerpolitik durch Import ausländischer Arbeiter wenden? Unsere Agrarier sind, die mit Jugenberg und den Ruhrindustriellen in einer Partei sind!

Die „Bergw.-Ztg.“ fordert aber auch für den neuen Minister diktatorische Vollmachten, und das ist ihr wohl die Hauptsache! Dann könnte auf dem Wege über die Arbeitsbeschaffung für Erwerbslose so mancher Herzenswunsch der Unternehmer erfüllt werden. Aber das mögen sich die Leute aus der Schwerindustrie und ihre Haupttrabanten gesagt sein lassen: In Lebensfragen für das Volk (und das sind diese) wird man weder das Parlament, noch die Gewerkschaften ausschalten können! Ohne oder gegen die Arbeiterschaft mildert man solche Notstände nicht, viel weniger meistert man sie. Die Babageien, die immer nach einem „Diktator“ rufen, sollten bedenken, daß das einmal böse gegen sie ausfallen könnte. Wenn Not und Verzweiflung explodieren, dürfen sie sich nicht wundern, wenn man mit ihnen, die stets Gift und Galle speien gegen Parlament und Demokratie, auch nicht parlamentarisch und demokratisch verfährt.

Eine wesentliche Ursache der Arbeitslosigkeit liegt in der verrückten Politik, die die Kaufkraft der Massen herabdrückt und dies durch neue Zölle weiter will. Gegen eine solche Politik wendet sich Professor Dr. Julius Firsch in einem Aufsatz im „Berliner Tageblatt“ vom 27. Juni. Er verlangt zunächst Maßnahmen zur Beseitigung der privaten Kreditzwangswirtschaft. Eine Milliarde Reichsbankkredit für die Wirtschaft würde Beschäftigung für 400 000 Arbeitslose bedeuten. Aber die Reichsbank sei nur über die Privatbanken zu erreichen und die Zinsspanne und Pfandnahme dieser Banken habe zur Folge gehabt, daß die Kreditangebote der Reichsbank von der Wirtschaft nicht angenommen wurden. Die Sperre der Auslandskredite vermindere weiter die Arbeitsmöglichkeit. Sachlieferungen auf Reparationen sollten möglichst ausgedehnt werden. Elektrifizierung der Eisenbahnen, Straßen- und Wohnungsbau, Kultivierungsarbeiten usw. befürwortet Firsch und macht bestimmte Vorschläge für die Finanzierung. Die aus der Hauszinssteuer zu erwartenden Beträge sollten zur Zins- und Tilgungsgarantie einer großen öffentlichen Anleihe für den Wohnungsbau verwandt werden. Die weitgehende Kreditgabe, wie man sie in Amerika für den Detailhandel und den Einzelhandel finde, sollte durch Finanzierung des letzten Konjums nach Deutschland übertragen werden. Mindestens drei Milliarden an Abjaß fehlten uns noch. Für jede Milliarde, die wir durch eine vernünftige Handelspolitik hereinholten, könnten wir 300- bis 400 000 Arbeiter beschäftigen. Die Kostenentlastung in Produktion und Verteilung, heute gehemmt durch große und kleine Kartelle, müsse durch Reichstagsaktion erzwungen werden.

Die Macht der Trustgewaltigen.

Der Ausbau des Stahltrusts. Systematischer Quotenschacher.

Der Stahltrust, der sich unter der Firma Vereinigte Stahlwerke A. G. im Ruhrgebiet gebildet hat, entfaltet seit seiner endgültigen Gründung eine lebhaftere Expansion.

Eine weitere nicht unbedeutende Angliederung des Stahltrusts kam durch den Ankauf der Charlottenhütte (Niederschlesien) zustande. Die Charlottenhütte hat hauptsächlich Bestellungen im Siegerland.

Von außerordentlicher Bedeutung ist aber der Quotenschacher, der sich ähnlich wie seinerzeit in der Rüstindustrie, in der Eisenindustrie abspielt.

Der Stahltrust hat zur finanziellen Fundierung seines nächsten Fabrikationsprogramms eine Anleihe aufgenommen, die zur Hälfte in Amerika, zur Hälfte in Europa angelegt werden soll.

Table with 2 columns: Item (Aktienkapital, Genussscheine, etc.) and Amount (in M.).

Diese ungeheure Summe soll hinstrotzen vom Stahltrust verzinst werden. Eine Verzinsung von 8 Prozent würde eine Summe von 100 Millionen M. jährlich erforderlich machen.

Vom Montantrust.

Den Vereinigten Stahlwerken A. G. gehören ab 1. April 1926 folgende Betriebe an: Bochumer Verein, Deutsche Leyenburg, Seltenberger Bergwerke, und Lütten A. G., Phoenix A. G., Anstalt-Gruppen-Gesellschaft und Eisenerzwerke Friedrich Thyssen, Rhein I und Lohberg.

Die Beten sind vier Gruppen zugeteilt worden: Gruppe 1 Dortmund: Adolf von Harnmann, Arminius, Kaiser Friedrich, Glöckner-Nickel, Reichelsberg, Minister Stein, Kurt Hardenberg, Jollera I und II, Germania I und II, Westfalen, Erin, Sosa und Förder-Betriebswerk (Eichknapp und Salfer).

Gruppe 2 Bochum: Karolinenhütte, Engelsberg, Bruchberg, Dammberg, Friedrichshagen, einmündlich Sassenwinkel und Prinz August einmündlich Karl Friedrich.

Gruppe 4 Sarnborn: Friedrich Thyssen, Schachtanlagen 1-6, 2-5, 3-7, 4-8, Beederwerth und Königsbergshof, Lohberg 1-2, Rhein I und Westfalen 1-2, 3, 4.

Die Hauptverwaltung der Abteilung Bergbau hat ihren Sitz in Essen.

Bergmannslöhne und Fördereranteil.

Ein Vergleich dieser beiden ist nicht ohne Interesse. Die nachfolgenden Tabellen beweisen mit wenigen Ausnahmen, daß bei gleichem Lohn der Fördereranteil ständig steigt, daß er stärker steigt als der Lohn.

Table with columns: Year, Region (Ruhr, Ostschl., Westschl., Sächsen), Lohn, Fördereranteil, and Gesamtbelegschaft.

Table with columns: Year, Region, Lohn, Fördereranteil, and Gesamtbelegschaft.

Wir haben den Harberdienst, je verfahrenes Schicht berechnet, herausgerechnet. Der Leistungslohn ist der Gehalt der Schichtlohn ohne Zuschläge für Überarbeit, ohne Familienzuschläge, Deputatlohn und Urlaubszuschlag, aber mit Einschluß der Versicherungsbeträge.

Wie die erste Tabelle zeigt, ist in den ersten vier Monaten 1926 der Lohn für Kohlen- und Gesteinsarbeiter ziemlich gleich geblieben, er ist gestiegen im Ruhr um 5 Pfd., gesunken an der Ruhr um 1 Pfd., in Ostschlesien um 4 Pfd., in Niederschlesien um 8 Pfd., in Sachsen um 14 Pfd.

Bei der Gesamtbelegschaft ist er gestiegen im Ruhr um 3 Pfd., gleich geblieben an der Ruhr, gesunken in Ostschlesien um 1 Pfd., in Niederschlesien um 2 Pfd., in Sachsen um 12 Pfd.

Der Fördereranteil ist höher als im Frieden an der Ruhr, in Ostschlesien, bei der Gesamtbelegschaft auch in Niederschlesien.

Table showing Fördereranteil for 1913, 1924, 1925, 1926 in various regions.

Das Letztere ist eine Steigerung gegenüber 1913 von 492 Kgr. je Schicht, gegenüber 1. Januar 1926 um 67 Kgr. Der Lohn stieg in dieser Zeit um 1 Pfennig!

Table showing Fördereranteil for Gesamtbelegschaft in 1913, 1924, 1925, 1926.

Das Letztere ist eine Steigerung gegen 1913 von 132 Kgr. gegen den 1. Januar 1926 von 23 Kgr. Der Lohn blieb gleich. In Ostschlesien betrug der Anteil bei den Hauern

Table showing Fördereranteil for Hauern in 1913, 1924, 1925, 1926.

Das Ergebnis der Monate Februar bis April bedeutet ein Mehr gegen 1913 von 609 Kgr., gegen Januar 1926 eine kleine Verminderung; der Lohn sank um 4 Pfd.

Table showing Fördereranteil for Gesamtbelegschaft in 1913, 1924, 1925, 1926.

Hier zeigt sich ein Mehr im Januar gegen 1913 von 106 Kgr., die Monate Februar-April liegen um 7 Kgr. gegen Januar zurück, der Lohn sank um 1 Pfd.

Konzerne und Trusts in der Maschinenindustrie.

In der Maschinenindustrie haben sich in den letzten Jahren bedeutsame Zusammenschlüsse vollzogen. Der R. Wolf & Co. in Bielefeld entstand durch Fusion der Wolf- & G. Magdeburg-Budack mit den Grabe-Montanwerken, Magdeburg.

Der Miag-Trust

Ist Ende 1925 durch Fusion von fünf Mühlenbauanstalten entstanden. Die Amme, Giesecke und Konegen A.-G., Braunschweig (6 Mill. M. Aktienkapital), die Mühlenbauanstalt und Maschinenfabrik vorm. Gebr. Sed. Dresden (4,75 Mill.), die Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Lutter A.-G., Braunschweig (3 Mill.) die S. Gressenius A.-G., Frankfurt a. M. (1,20 Mill.) und die Kapler Maschinenfabrik A.-G., Berlin (0,60 Mill.) sind durch Fusionsvertrag zu einem einheitlichen Unternehmen verschmolzen.

In Braunschweig, wo auch die neue Zentraleitung sitzt, werden die Amme- und Lutterbetriebe, in Dresden die Sedbetriebe in einen Betrieb zusammengefaßt. Damit kommt eine Entschärfung zum Abschluß (Werkzeuglose J. G., 1921 Arbeitsgemeinschaft), die für die Trustbildung ganz besonders charakteristisch, in der Maschinenindustrie notwendig, aber selten ist.

Demag-Trust.

Es ist der Zusammenschluß der Demag (Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg) mit den Maschinenfabriken des neuen Montantrusts. Neugierig sieht die Aktionäre aus wie eine Auflösung der Thyssen'schen Maschinenfabrik vom Stahlverein und als eine Einbringung der Thyssen'schen Fabrik und der Demag in eine neue Gesellschaft.

Das größte Interesse beansprucht aber neuerdings der Zusammenschluß der Demag (Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg) mit den Maschinenfabriken des neuen Montantrusts. Neugierig sieht die Aktionäre aus wie eine Auflösung der Thyssen'schen Maschinenfabrik vom Stahlverein und als eine Einbringung der Thyssen'schen Fabrik und der Demag in eine neue Gesellschaft.

Wolkswirtschaftliche Rundschau.

Die Handelsbilanz im Monat Mai.

Die bereits für den Monat April wahrnehmbare Senkung der Ausfuhr setzte sich im Mai fort. Die reine Wareneinfuhr im Mai zeigt gegenüber dem Vormonat eine Abnahme von 20 Mill. Mark. Die Wareneinfuhr hatte sogar einen Rückgang von 49,7 Mill. Mark zu verzeichnen.

Table with columns: Year, Month, Einfuhr, Ausfuhr, Aktivität.

Bei der Einfuhr ist die Abnahme der Rohstoffe und halbfertige Ware in Höhe von 32,6 Mill. Mark beachtlich. Lebensmittel und Getränke wurden im Mai für 14,6 Mill. Mark mehr eingeführt. Die Fertigmwaren waren an der Verminderung der Ausfuhr mit 49,7 Mill. Mark beteiligt.

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Betriebsräte wahlen bei der deutschen Reichsbahn.

Bei den Wahlen zum Hauptbetriebsrat der Reichsbahn hat der freigewerkschaftliche Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands sehr gut abgeschnitten. Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 345 786, die der abgegebenen Stimmen 294 567. Davon erhielt der Einheitsverband 214 249 Stimmen. In Prozenten ausgedrückt konnte der Einheitsverband mit einem Uebergewicht von 72,73 Prozent über seine Gegner triumphieren, die alle drei nur 27,27 Prozent erhielten.

Knappschäftliches.

Anfragen an die Knappschäft.

Sie werden von der Verwaltung der Bezirksknappschäft für das Ruhrgebiet gebeten, darauf hinzuweisen, daß die jetzt von überall einlaufenden Anfragen betreffend die Neuregelung des der im Reichsbüro angenommenen Knappschäftsnovellen den Geschäftsbüro derartig hören, daß die ordnungsgemäße Abwicklung der Geschäfte ins Stocken gerät.

